

dachten, ihre Führung sei in der Lage, die Moschee zu schützen. Auf lokaler Ebene entsteht eine neue Führungsschicht, aber es gibt noch keine Führungspersönlichkeiten auf gesamtindischer Ebene, die eine größere Integration der Muslime in die indische Gesellschaft bewirken könnten. Die traditionelle Führungsschicht findet keinerlei Resonanz bei den "muslimischen Massen", zum Beispiel in Fragen eines einheitlichen Zivilrechts. Die traditionellen Führer riefen sogar zum "Jihad" auf, um das muslimische Zivilrecht zu retten. Dafür gab es jedoch keine Zustimmung seitens der Mehrheit der Muslime. Auf lokaler Ebene entstehen überall in Indien zahlreiche muslimische Organisationen, die sich ernsthaft bemühen, Erziehung, berufliche Ausbildung und einen Dialog mit Hindus zu fördern.

Wenn man Ihnen zuhört, könnte man meinen, in Bombay und Maharashtra sei wieder Ruhe eingekehrt. Bal Thackeray von der 'Shiv Sena' kann sehr gefährlich sein und seine Äußerungen gegenüber Muslimen und sein offenes Bekenntnis, ein "indischer Hitler" sein zu wollen, verheißten nichts Gutes.

Die von Bal Thackeray ausgehende Gefahr muß im politischen Gesamtzusammenhang gesehen werden. Gegenwärtig scheint er sich in einem ersten Konflikt zwischen seinen Gefühlen und seinem Denken zu befinden. Gefühlsmäßig ist er den "Hindutva"-Kräften verpflichtet. Dies führt zu gelegentlichen Ausbrüchen. Seine Interessen halten ihn etwas zurück. Wenn die Situation außer Kontrolle gerät, dann wird sich dies definitiv gegen seine Interessen richten. Dieser andauernde Konflikt macht ihn vorsichtig, doch kann sich dieses delikate Gleichgewicht bei einer Veränderung der politischen Gesamtzusammenhänge schnell ändern. Er bleibt allerdings eine potentielle Bedrohung für den indischen Säkularismus.

Die Ausschreitungen von 1993 zeigten das häßliche Gesicht des Kommunalismus, und selbst die Polizei half damals den kommunistischen Kräften. Sehen Sie Anzeichen dafür, daß die

neue Regierung dies zu ändern versucht?

Die SS/BJP-Regierung versucht besonders in Bombay, Ruhe und Ordnung zu bewahren. So arbeitet der Polizei-Kommissar z.B. mit uns zusammen - es werden Seminare für die 34.000 Polizisten der Stadt durchgeführt. Dies kann nur mit Unterstützung der Regierung geschehen. Die SS/BJP-Allianz schaut durchaus auf die muslimischen Wählerstimmen - deshalb will sie die Muslime davon überzeugen, daß sie unter ihrer Regierung in Sicherheit leben können. Während der vergangenen Wahlen stimmten etwa fünf Prozent der Muslime für die neue Regierung. Die BJP setzt sich nunmehr auch für bessere Chancen für Muslime im Handel, in Erziehung und Ausbildung ein. Der 'Congress', so die BJP, habe ihre Versprechungen nicht eingelöst. Sie dagegen wolle der muslimischen Bevölkerung helfen.

Thackeray hat wohl eindeutig nationale Ambitionen, aber seine Organisationsstärke erlaubt dies wohl kaum. Sehen Sie Wachstumspotential für solch faschistoide Tendenzen in Indien?

Ja, ich sehe Potential dafür. 'Shiv Sena' Büros gibt es bereits außerhalb Maharashtras. Die Partei zieht vor allem Arbeitslose und jene Bevölkerungsgruppen an, die sich an der Gesellschaft 'rächen' wollen. Die 'Shiv Sena' gibt ihnen die Möglichkeit, ihren Unmut auch militant zu artikulieren. Gerade außerhalb Bombays und Maharashtras hat die 'Shiv Sena' vor allem solche Bevölkerungsteile für ihre Zwecke mobilisiert. Ich möchte das Bild jedoch nicht überstrapazieren, denn die 'Shiv Sena' verfügt bestenfalls über eine symbolische Unterstützung in den Bundesstaaten Madhya Pradesh und Gujarat. Sie stellt derzeit außerhalb Maharashtras keine ernstzunehmende Macht dar.

(Ashgar Ali Engineer ist einer der bekanntesten Islamwissenschaftler Indiens und arbeitet am 'Institute of Islamic Studies', Bombay. Das Interview führte Klaus Voll vor den jüngsten Wahlen)

Tribale Selbstverwaltung versus repräsentative Staatsdemokratie

Die Stärkung der tribalen Selbstbestimmung gefährdet die Grundlagen des gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklungsmodells, das auf der Ausbeutung mineralischer, forstwirtschaftlicher und anderer Ressourcen beruht, die vielfach nur in den Siedlungsgebieten der Adivasis vorkommen. Gegen das konsumorientierte Gesellschafts- und Entwicklungsmodell setzen sie ein humanitäres, egalitäres und gewaltfreies Modell, in dem Traditionen das Fundament für den gesellschaftlichen Wandel bilden, den sie selbst wollen und akzeptieren.

"Der einzige Weg, die Grenzen und Schwächen der Demokratie zu überwinden, ist die Schaffung von mehr Demokratie, ehrlicher Demokratie" - das ist die Meinung B.D. Sharmas, des Gründers der 'Bharat Jan Andolan', der 'Nationalen Front für tribale Selbstverwaltung'. Die tribalen Gruppen und ethnischen Minderheiten Indiens fordern das indische Demokratiemodell heraus und bieten ein alternatives Modell an: ein Modell echter partizipatorischer Demokratie. Die Angehörigen der als 'Tribals' bezeichneten indischen Ureinwohner fordern eine Übertragung und Dezentralisierung der Macht bis hinunter auf die Dorfebene. Ort der politischen Entscheidungen und Willensbildung soll die Dorfgemeinschaft mit ihren traditionellen Systemen und Institutionen der

Verwaltung, Entscheidungsfindung und Konfliktlösungsmechanismen sein.

Die Befürworter eines solchen Demokratiemodells weisen darauf hin, daß auf der lokalen Dorfebene kein Bedarf an gewählten Volksvertretern besteht. Die 'Nationale Front für tribale Selbstverwaltung' geht davon aus, daß die dörflichen Gemeinschaften in den von tribalen Bevölkerungen geprägten Gebieten über ausreichend Erfahrung und genügend Kraft verfüge, die Verantwortung für alle Entscheidungen hinsichtlich der Entwicklung ihrer Dörfer zu übernehmen und zu tragen. Das viel gerühmte indische System der Dorfdemokratie, das 'Panchayati Raj' biete nur dem Namen nach Möglichkeiten der dörflichen Selbstverwaltung, in Wahrheit seien die Panchayats nichts als ein verlängertes

Arm der ausbeuterischen Staatsmaschinerie. Ein nicht unbegründeter Vorwurf, denn tatsächlich ist der systematische Mißbrauch der dem Panchayat zugeordneten Entwicklungsmittel durch Beamte, Bürokraten und politische Führer eine zur traurigen Realität gewordene Alltagserscheinung.

Fremdes Modell

Tribale Gruppen sehen in dem System gewählter Volksvertreter die Übernahme eines ausländischen, fremden Modells, das für viele gesellschaftliche Konflikte im gegenwärtigen Indien verantwortlich ist. Seit 1992 hat die indische Regierung ihre Bemühungen verstärkt, landesweit das Panchayat Modell als ein System lokaler Selbstverwaltung einzuführen und

durchzusetzen. Umfragen unter Angehörigen tribaler Gruppen zeigen, daß dieses System bei ihnen zumindest keine große Begeisterung auslöst. In einer kürzlich vom 'Tribal Research and Action Centre' durchgeführten Studie in der Jharkhand Region haben über 64 Prozent der Befragten das Panchayti Raj System als ein für ihre Dörfer ungeeignetes Demokratiemodell abgelehnt.

In ihrer Forderung nach ihnen angemessenen Formen der Selbstverwaltung drücken die Adivasis nicht nur ihr weiterhin großes Vertrauen in ihre eigenen Traditionen aus. Mit dieser Forderung lehnen sie das gesamte Entwicklungsmodell ab, das durch den modernen Nationalstaat propagiert wird und dessen Grundlage ist. Diese typische Form der Volksvertretung setzt sich unweigerlich aus Personen zusammen, die über die notwendige politische Patronage verfügen und bestenfalls in der Lage sind, Entwicklungsprogramme zu implementieren, die auf höheren Ebenen geplant werden. Wenn jedoch die gesamte Dorfgemeinschaft die Verantwortung für Planung und Durchführung von Dorfentwicklungsprogrammen gemeinsam übernimmt und die mit der Durchführung bestimmter Aufgaben betrauten Personen von der Dorfgemeinschaft kontrolliert werden, dann wird die Richtung des Entwicklungsprozeß als Ganzes von den Menschen selbst bestimmt werden.

Angriff auf traditionelle Lebensweisen

In den vergangenen zwei Jahrhunderten bedeutete 'Entwicklung' einen kontinuierlichen Angriffsprozeß auf die Le-

bensgrundlagen und -weisen tribaler Gesellschaften. Die Aktivitäten von Händlern, Missionaren, Geschäftsleuten und des Staates, haben sie vielfach in ihrem eigenen Land zu Rechtlosen degradiert. Gesetze wie der 'Indian Forest Act' haben sie ihrem Land entfremdet und ihnen ihre gemeinschaftlich genutzten Ressourcen entzogen. Adivasis, wie die Angehörigen dieser Gruppen sich selbst bezeichnen, brauchen eine Form von Entwicklung und Fortschritt, die nicht ihren

kehrungen gehalten.

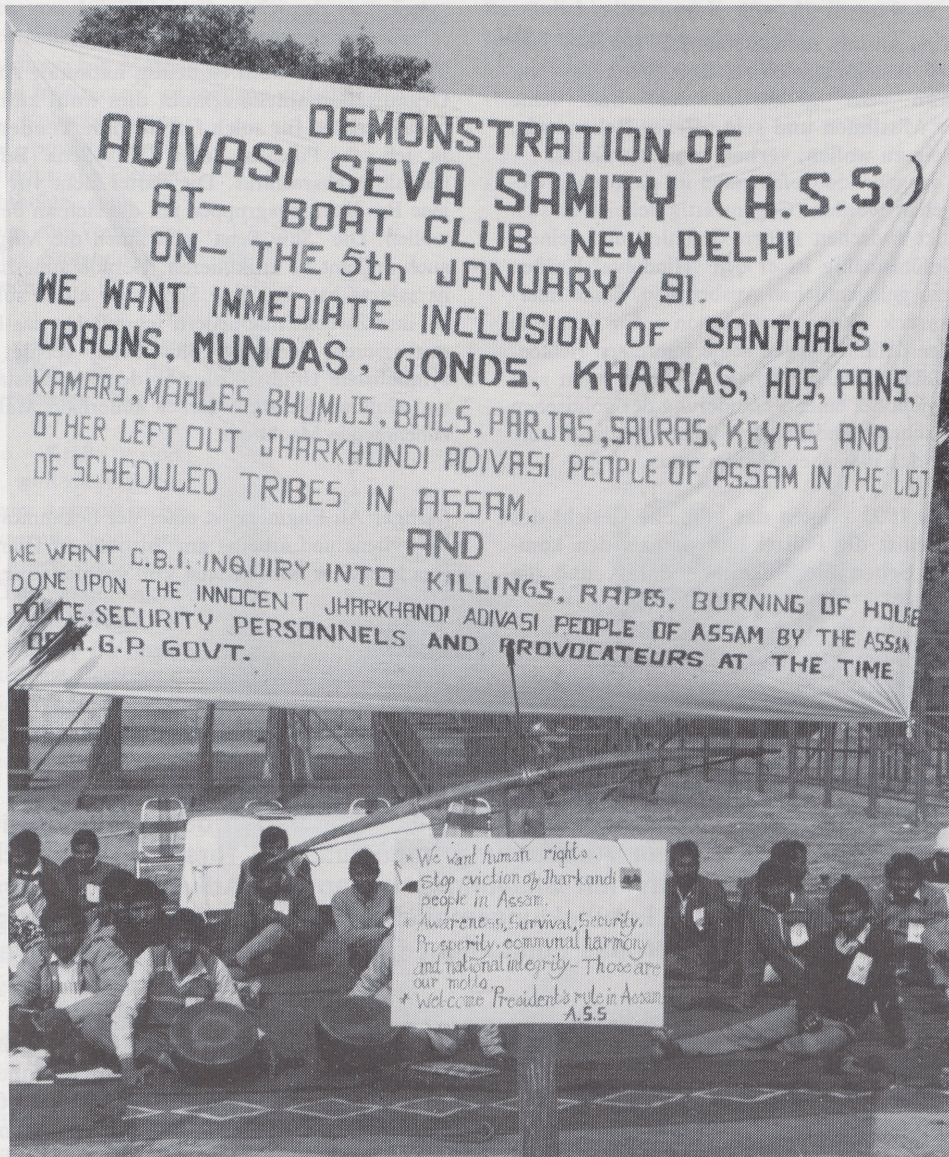
Der sechste Anhang zur indischen Verfassung räumt den Adivasis im Nordosten der indischen Union weitgehende Autonomie ein, indem er ihnen einen großen Teil der Gesetzgebung und Rechtsprechung überläßt. Doch angesichts knapper finanzieller Ressourcen bleiben sie von der Gnade höherer, auswärtiger Autoritäten abhängig. Für Adivasis in anderen Regionen Indiens gilt der fünfte Verfassungsanhang, der ihnen

deutlich weniger Autonomie einräumt, als den Gruppen im Nordosten. Im Januar vergangenen Jahres hat das vom Parlament eingesetzte 'Bhuria Committee' zur Prüfung und Überarbeitung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen über tribale Regionen, einen Bericht vorgelegt, der die Notwendigkeit größerer Autonomie für Adivasis betont. Der Bericht fordert eine Stärkung der dörflichen Selbstverwaltung mit weitreichender legislativer, finanzieller und administrativer Autonomie und dem Dorf als zentraler politischer Grundeinheit.

Bedrohung der Grundlagen

Die gegenwärtige Staatsmacht hat an diesen radikalen

Forderungen schwer zu schlucken, bedroht doch eine Stärkung der tribalen Selbstbestimmung die Grundlagen des gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklungsmodells, das auf der Ausbeutung mineralischer, forstwirtschaftlicher und anderer Ressourcen beruht, die vielfach nur in den Siedlungsgebieten der Adivasis vorkommen. Diese sind daran interessiert, diesen Ressourcenreichtum zu bewahren. Gegen das Konsum orientierte Gesell-



Demonstration von Adivasis für mehr Rechte (Foto: Walter Keller)

typischen Lebensstil und ihre Kultur zerstört, deren Kern immer die Gemeinschaft, die 'community' gewesen ist.

Die besondere Situation und eigene Identität der Adivasis wird von der indischen Verfassung anerkannt. Nehrus 'panchsheel' umfaßte sowohl schützende, bewahrende als auch fördernde Strategien zur Entwicklung tribaler Gesellschaften. Doch die hiermit befaßten Behörden und Institutionen haben sich nicht an Absicht und Geist dieser Vor-

schafts- und Entwicklungsmodell setzen sie ein humanitäres, egalitäres und gewaltfreies Modell, in dem Traditionen das Fundament für den gesellschaftlichen Wandel bilden, den sie selbst wollen und akzeptieren.

In der aktuellen politischen Situation sehen sich Politiker einer verstärkten Agitation tribaler Interessenverbände gegenüber - wie beispielsweise Ende des vergangenen Jahres anlässlich einer Demonstration von über 50.000 Adivasis in Zentralindien, bei der die Umsetzung der Empfehlungen des Bhuria-Komitees gefordert wurde. Eine Reihe ethnischer Minderheiten, die bisher nicht als 'scheduled tribes' anerkannt waren und daher nicht in den Genuß der für diese

vorgesehenen Sonderrechte kommen, kämpfen für die Aufnahme in die Liste der 'scheduled tribes' (Foto). Im Nordosten und in Zentralindien führen sie bewaffnete Kämpfe um die Schaffung eigener Bundesstaaten wie Jharkhand und Bodoland.

Die Adivasis sind sich bewußt, wie schwierig die Einführung tribaler Selbstbestimmung ist. Obwohl sie sich auch den Problemen und Mängeln der traditionellen tribalen Entscheidungsstrukturen bewußt sind - wie beispielsweise die vielfach fehlende Beteiligung von Frauen an politischen Entscheidungen - sind sich die Adivasis darin einig, daß die von ihnen geforderte Selbstbestimmung ein erster wichtiger Schritt ist. Wird ih-

nen erst einmal mehr politische Macht eingeräumt, werden notwendige gesellschaftliche Veränderungen von den Menschen, vom Volk selbst ausgehen. Ihre Forderungen sind keine romantische Verklärung der Vergangenheit, sondern eine klare Besinnung auf ihre demokratischen Rechte, eine Rückbesinnung auf ihre eigenen demokratischen Strukturen, die ihrem Leben näher sind, als diejenigen des modernen Nationalstaates.

(Der Beitrag wurde im Auftrag des Südasiensbüros von der alternativen Presseagentur 'Charkha', Delhi, geschrieben).

Wahl-Nachschau:

Indien und die Verbreitung geläufiger Klischees

von Theo Ebbers

Wieder einmal waren die Augen der Welt auf Indien gerichtet. In den großen Tages- und Wochenzeitungen, Magazinen und politischen Fernsehsendungen häuften sich die Beiträge über das südasiatische Land, das ansonsten in der Öffentlichkeit nur wenig wahrgenommen wird. Der Grund für die internationale Medienaufmerksamkeit: Wahlen. Und die im Zusammenhang mit diesen Wahlen immer wieder zitierten Zahlen rechtfertigen wohl auch das globale Interesse an dem Ereignis: 590 Millionen Menschen, etwa zehn Prozent der Weltbevölkerung, waren bis Ende Mai dazu aufgerufen, ein neues Parlament zu wählen. Die internationale Berichterstattung zeigte sich angesichts solcher Superlative leicht verunsichert und erstaunt, daß ein als rückständig und arm wahrgenommenes Land zu einer solchen "Übung" in parlamentarischer Demokratie in der Lage ist. Und schnell fällt das an westlichen Demokratievorstellungen geschulte Auge der Kommentatoren auf Fehler und Unzulänglichkeiten der indischen Parlamentswahlen, welche die geläufigen Klischees über das Entwicklungsland Indien zu bestätigen scheinen. Kastenwesen und Unberührbarkeit, Korruption und organisiertes Verbrechen, die Pracht und der Reichtum der Maharajahs, die Armut der Landlosen und der Slumbewohner sind die Stereotypen, die das Indienbild im Westen prägen und auch der Wahlberichterstattung und -kommentierung ihren Stempel aufdrücken. Ein besonders gelungenes Beispiel für die schablonenhafte Wiedergabe solcher Gemeinplätze findet sich in "Die Zeit" vom 26. April. Gabriele Venzkys Beschreibung eines in ihren Augen von "Dreck, Armut und Trostlosigkeit" geprägten Ortes, den sie als "einzigen Slum" empfindet, wird beim Leser zu einem Bild des gesamten Indiens, zu einem Bild einer "verwirrten, desillusionierten Nation": Indien wird als ein hoffnungsloser Fall präsentiert, in dem nichts funktioniert - nicht einmal so grundlegende Dinge wie Strom und Telefone oder Busse, die, wenn sie denn fahren, "zerbeult und an der Seite aufgeschlitzt" sind. Und da sollen Wahlen, so richtig demokratische, wie Venzky sie aus Hamburg gewohnt ist, funktionieren? Um klar zu machen, wie rückständig Indien im Vergleich zu großen demokratischen Vorbildern Venzkys auch in Bezug auf von ihr als normal an-

gesehene demokratische Prozesse ist, macht sie schnell deutlich. "Der Maftaboß schreibt Namen auf einen Zettel. So verteilt er Wahlkreise". Ein potentieller zukünftiger Premierminister ist ein "skrupelloser, populärer Halbalphabet" und auch der bisherige Premier Rao ist "skrupellos, machtgierig und durchtrieben" - Eigenschaften, die deutschen oder anderen westlichen Demokraten ganz sicher, so der von Venzky implizierte Eindruck, völlig fremd sind.

Nun haben die Wahlen stattgefunden, die Sitzverteilung im neuen Parlament zeigt, daß sie offenbar funktioniert haben. Die politische Demontage der 'Congress-Party' ist ein für parlamentarische Mehrparteien-Demokratien ganz normaler politischer Vorgang, der zeigt, daß die indischen Wähler durchaus mündiger sind, als sie uns von Venzky präsentiert werden. Dies haben sie auch in der Vergangenheit schon verschiedentlich gezeigt, indem sie auch der 'Congress-Party' schwere Niederlagen bereiteten, wie beispielsweise 1977, als Indira Gandhi die Wählerquittung für ihre Notstandsregierung erhielt und die 'Janata Dal' die Regierungsgeschäfte übernahm. Und bei den Wahlen 1989 erteilten die Wähler der 'Congress'-Regierung Rajiv Gandhis unter dem Eindruck des Bofors-Bestechungsskandal eine Lektion. Worin die Gründe für die schweren Stimmenverluste der 'Congress'-Partei bei den gerade abgeschlossenen Wahlen liegen, werden erst detaillierte Wahlanalysen zeigen. Sicherlich spielt der aktuelle Korruptionsskandal eine Rolle, doch sind hierin alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten verwickelt (vgl. 'Südasiens', 2-3/96). So ist eher zu vermuten, daß bei vielen Wählern die sozialen und wirtschaftlichen Folgen, die sie in Form von steigenden Preisen für Güter des täglichen Bedarfs am eigenen Leib zu spüren bekommen, ein wichtiges Argument gegen den 'Congress' gewesen sind. Wenn sich diese Vermutung bestätigen sollte - und vieles spricht dafür - dann zeigt sich auch, daß Venzkys Feststellung, niemand in Indien wolle den neuen marktwirtschaftlichen Kurs ändern, sich allenfalls auf die wenigen Profiteure dieser Wirtschaftspolitik beziehen kann, nicht aber auf Millionen Verlierer der verstärkten Eingliederung Indiens in das globale Marktgeschehen.